



Rudolf
Ramsauer,
Direktor

Die Vorlagenflut vom 18. Mai (s. Beilage) ist für die Stimmberechtigten kaum zu bewältigen. Werden deswegen viele auf die Stimmabgabe verzichten? Das wäre bedenklich. Seit zehn Jahren steht die Schweiz in der Wachstumsrangliste am untersten Ende der Industrieländer. Seit zehn Jahren steht sie am obersten Ende punkto Zunahme der Fiskalbelastung und der Staatsausgaben. In dieser Lage

Vorlagenflut am 18. Mai

den Ausstieg aus der günstigen Kernenergie, die 40 Prozent unseres Strombedarfs deckt, zu beschliessen, wäre unverantwortlich und fahrlässig. In dieser Lage das Gesundheitssystem mit Steuererhöhungen in Richtung Staatsmedizin zu steuern, wäre das Ende von Effizienz und dringendem notwendigem Kostenbewusstsein. In dieser Lage die bewährte duale Berufsbildung zu verstaatlichen, wäre für die Unternehmer ein klares Zeichen, in welche Richtung der Wind bläst. In dieser Lage eine extreme Initiative dem bereits weit gehenden Behindertengleichstellungsgesetz vorzuziehen, würde die Masslosigkeit der Ansprüche endgültig vor Augen führen. Wir müssen aufhören zu fordern und zu beschliessen, was wir uns leicht nicht leisten können. Es geht um viel am 18. Mai!

@ rudolf.ramsauer@economieuisse.ch

Öffnung der Dienstleistungsmärkte, aber keine umfassende Integration

Die Öffnung der Dienstleistungsmärkte ist ökonomisch sinnvoll. Die Mitglieder von economieuisse befürchten jedoch, dass nach neuen Dienstleistungsverhandlungen zu viele EU-Regeln ohne Einflussmöglichkeiten übernommen werden müssten.

Eine Liberalisierung aller Märkte ist volkswirtschaftlich zu begrüssen, gerade auch im Dienstleistungsbereich. Offene Märkte führen zu Mehrwert für alle Beteiligten. Dienstleistungen sind gerade in der Schweiz ein entscheidender Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Beseitigung von Zutrittsbarrieren zu Europa, aber auch zu weiteren Industrieländern ist ein wichtiges Anliegen der Schweizer Wirtschaft. Entscheidend sind aber auch weitere Liberalisierungsschritte in der Schweiz, ohne die eine Öffnung verpufft.

Viele Hindernisse schon beseitigt

Gegenüber der EU sind mit den geltenden Abkommen viele Hindernisse bereits beseitigt. Der freie Personentransfer erleichtert die Rekrutierung und den Transfer von Mitarbeitern über die Grenzen. Bis zu 90 Tagen können Dienstleistungen – etwa im Baugewerbe – grenzüberschreitend erbracht werden.

Bei der Gründung von Tochtergesellschaften in lokalen Märkten bestehen kaum rechtliche Hindernisse. Damit steht die EU Schweizer Unternehmen auch im Bereich der Dienstleistungen weitgehend offen. Neue Chancen würden in politisch heiklen Bereichen liegen, die heute in der Schweiz noch geschlossen sind (z.B. Elektrizitäts- und Gasmarkt, Postmarkt, Gebäudeversicherung).

Der freie Dienstleistungsmarkt ist aber auch in der EU noch kei-



Thomas Pletscher,
Mitglied der
Geschäftsleitung

neswegs Realität. Die EU-Kommission selbst stellt fest, dass die Vision von einer Europäischen Union mit integrierter Wirtschaft und die Wirklichkeit, die europäische Bürger und Dienstleister tagtäglich erleben, weit auseinanderklaffen. Entsprechend will die EU-Kommission eine umfassende Strategie ausarbeiten. Mit einer solchen Strategie sind weitere Harmonisierungen verbunden, die von der Schweiz übernommen werden müssten. Im Rahmen der bilateralen Abkommen wurde vereinbart, dass künftig über eine volle Liberalisierung der Dienstleistungen auf der

Basis des EU-Acquis verhandelt würde. Eine Mitentscheidung zu neuem Recht wird der Schweiz dabei nicht zukommen.

Abkommen auf Marktzugang beschränken

Die Schweiz strebt in den Verhandlungen ein auf den Marktzugang beschränktes Abkommen an, während die EU ein umfassendes Integrationsabkommen möchte. Nur wenn das Wettbewerbsrecht (auch die Abschaffung von Staatsmonopolen), die Aufsicht, die Rechtshilfe, das Konsumentenrecht oder das Gesellschaftsrecht einbezogen würden, wären die Spiesse für alle Wettbewerber gleich lang. Entsprechend müssten auch die künftigen Entwicklungen in diesen Bereichen ins Schweizer Recht übernommen werden. Anders ist es bei den parallel laufenden Dienstleistungsverhandlungen im Rahmen der WTO. Diese sind auf den Marktzugang beschränkt, schliessen aber eine rechtliche Weiterentwicklung aus.

Die Skepsis der Wirtschaft gegenüber den ins Stocken geratenen Dienstleistungsverhandlungen ist daher keine Absage an Marktöffnung und Liberalisierung. Sie liegt vielmehr im zu breiten Ansatz der Verhandlungen und in der unüberblickbaren künftigen Rechtsentwicklung in der EU begründet.

Schwerpunktthema

Der Vorstand von economieuisse hat eine Roadmap erarbeitet, die Ziele im Hinblick auf eine Öffnung des Elektrizitätsmarktes definiert. Seite 2 ▶

Lehren aus Bilateralen II

Die Verhandlungen im Rahmen des EU-Dossiers «Zinsbesteuerung» haben für die Schweizer Wirtschaft zukunftsweisenden Modellcharakter. Seite 3 ▶

Hilfe zur Selbsthilfe

Swisscontact, die Entwicklungsorganisation der Schweizer Privatwirtschaft, engagiert sich seit über 40 Jahren in Entwicklungsländern. Seite 6 ▶

KMU-Porträt

Das Dienstleistungsunternehmen Biomit bietet Pharmafirmen die Planung, Durchführung und Auswertung klinischer Studien an. Seite 7 ▶

Im Elektrizitätsbereich einen funktionierenden Markt schaffen



Im letzten September hat das Schweizer Stimmvolk die Gesetzesvorlage zum Elektrizitätsmarkt abgelehnt. Bemühungen um eine Neuordnung des Sektors wurden aber glücklicherweise nicht begraben. Um das zaghafte Wirtschaftswachstum nicht noch mehr zu schwächen, sollte die Öffnung vorangetrieben werden.

Die Öffnung des Schweizer Elektrizitätsmarktes muss ein kurzfristiges Ziel der Wirtschaftspolitik bleiben. Um ein

erneutes Referendum zu vermeiden, ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Stimmvolk das Elektrizitätsmarktgesetz am 22. September 2002 abgelehnt hat. Im gegenwärtigen politischen Umfeld erscheint es sinnvoll, die Liberalisierung des Marktes nur für kommerzielle Stromkunden – und damit auch für die KMU – anzustreben.

Der Vorstand von economieuisse hat in diesem Zusammenhang im März eine Roadmap verabschiedet, die die wichtigsten Ziele im Hinblick auf

die Marktöffnung definiert. Die Roadmap «Regulierung des Elektrizitätsmarktes – Die zentralen Anliegen der Wirtschaft» wurde in enger Zusammenarbeit mit den direkt betroffenen Mitgliederverbänden – Stromkonsumenten und Produzenten – erarbeitet und enthält sechs Punkte (siehe Kasten).

economiesuisse wird die weitere Entwicklung dieses Dossiers aktiv begleiten, insbesondere durch die Mitarbeit in der vom Bund eingesetzten Expertenkommission.

Regulierung des Elektrizitätsmarktes

Die zentralen Anliegen der Wirtschaft

Die Schweizer Unternehmen, insbesondere die KMU, stellen fest, dass die Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes im September 2002 die Nachteile der monopolistischen Marktordnung zementiert und ihre Konkurrenzfähigkeit ernsthaft beeinträchtigt. Die Wirtschaft begrüsst daher die Absicht des Bundesamtes für Energie, den Status quo zu überwinden, und fordert dieses auf, die neue Vorlage zur Reglementierung des Strommarktes schnellstmöglich und unter Berücksichtigung der folgenden Punkte unter Dach und Fach zu bringen:

1. Oberstes Ziel der Neuordnung des Elektrizitätsmarktes ist die Verbesserung der Wett-

bewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz.

2. Um dieses Ziel zu erreichen, sorgt die neue Marktordnung für den nötigen Wettbewerb im Markt im Hinblick auf eine signifikante Senkung des Strompreises zugunsten aller Unternehmen auf der Verbraucherseite. Sie verbessert die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Aktivitäten der Elektrizitätswirtschaft in der Schweiz und in Europa – insbesondere durch eine Reduktion der Steuer- und Abgabenlast.

3. Der Elektrizitätsmarkt wird durch ein schlankes, eurokompatibles Rahmengesetz reglementiert, das den liberalisierten Netzzugang für die kommerziellen Abnehmer gewähr-

leistet und die nötigen Massnahmen definiert, um für alle Konsumenten eine sichere, ausreichende und wirtschaftliche Stromversorgung zu garantieren.

4. Die Marktordnung basiert im Wesentlichen auf den Grundsätzen der Subsidiarität und der Zusammenarbeit.

5. Die Marktordnung definiert die Anforderungen an die Transparenz. Dabei stützt sie sich insbesondere auf die Instrumente der Entbündelung im Rechnungswesen (Unbundling) und internationaler Vergleichswerte (Benchmarking).

6. Das Gesetz definiert insbesondere auch die Grundsätze für die Vergütung des Stromtransports.

Fachhochschulen müssen zügig integriert werden

Der Aufbau des Fachhochschulsystems Schweiz darf wegen Finanzknappheit und juristischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bund und Kantonen nicht ins Stocken geraten. Damit die schweizerischen Fachhochschulen (FH) national und international wettbewerbsfähig bleiben und ihre Diplome die internationale Anerkennung erhalten, muss die Bologna-Deklaration rasch und gezielt umgesetzt werden. Die mit der Revision des Fachhochschulgesetzes verfolgten Ziele sind in der Wirtschaft weitgehend unbestritten: Der Geltungsbereich soll auf die Fachbereiche Gesundheit, Soziales und Kunst (GSK) erweitert werden, die Zulassungsvoraussetzung soll geregelt, die Erklärung von Bologna umgesetzt und ein Akkreditierungs- und Qualitätssicherungssystem installiert werden. Zudem sollen der Bund und die Träger entflochten und die Finanzierung der Fachhochschulen gesichert werden. Für den Wirtschaftsstandort ist es von erstrangiger Bedeutung, dass die Fachhochschulen zügig in die Hochschul Landschaft Schweiz eingebaut werden.

Es ist sehr bedauerlich, dass der Bund und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) in Bezug auf die Notwendigkeit dieser Gesetzesrevision uneins sind. Unabhängig davon, ob die geplanten Vorhaben auf der Grundlage des geltenden Rechts durchgeführt werden können oder nicht, darf es weder im Aufbauprozess der FH zu Verzögerungen kommen, noch dürfen die Fachhochschulen gegenüber den universitären Hochschulen in Rückstand geraten – besonders nicht bei der Einführung der zweistufigen Ausbildung (Bachelor-Master). Die Wirtschaft appelliert deshalb an Bund und EDK, rasch eine einvernehmliche Lösung für die Umsetzung der Revisionsziele zu suchen. Nur so können Attraktivität und Anziehungskraft des Fachhochschulbereichs erhalten bleiben bzw. gesteigert werden.

Kernenergiegesetz stärkt Wettbewerbsfähigkeit

Das Parlament hat in der März-Session das Kernenergiegesetz verabschiedet. Es sichert den Fortbestand des Kernenergiesektors, der für die unabhängige Energieversorgung unseres Landes garantiert.

Das Parlament empfahl im März die beiden Anti-Atominitiativen zur Ablehnung und verabschiedete ein neues Kernenergiegesetz. Das Gesetz verbessert die Rahmenbedingungen im Schweizer Kernenergiesektor und wird von der Wirtschaft unterstützt. Es klärt die Stellung der Kernenergie in der schweizerischen Energielandschaft.

Der Betrieb der Kernkraftwerke wird neu solange bewilligt, als ihre Sicherheit gewährleistet ist. Die Betriebsdauer wird damit von objektiven, wirtschaftlichen und sicherheitstechnischen Kriterien abhängig gemacht statt von politischen Überlegungen. Der Gesetzesentwurf trägt den

Bedürfnissen und Erwartungen der Wirtschaft Rechnung: Er garantiert die Versorgungssicherheit (rund 40 Prozent der schweizerischen Produktion) und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Eine verlängerte Amortisationszeit reduziert nämlich die jährliche finanzielle Belastung der Kraftwerke und damit die Gestehungskosten und den Preis pro Kilowattstunde.

Preiserhöhung abgewendet

Das Parlament hat zahlreiche von der Linken und den Kernenergiegegnern unterstützte Vorschläge zurückgewiesen, deren Annahme unweigerlich zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Strompreise in der Schweiz geführt hätte. Bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens wurde heftig über Massnahmen debattiert, die die Stellung der erneuerbaren Energien verbessern sollen. Als Subventionierungsmass-

nahmen waren eine Steuer von 0,3 Rappen pro Kilowattstunde auf dem Strom aus KKW vorgesehen sowie Vorzugskonditionen für die Netzeinspeisung aus Anlagen, die erneuerbare Energie produzieren. Diese Massnahmen hätten zu 70 Mio. Franken zusätzlichen Steuern pro Jahr zulasten der Konsumenten und zu einer Verteuerung der nationalen Elektrizitätsrechnung um 150 Mio. Franken pro Jahr geführt. Die Schweizer Unternehmen danken den Parlamentariern, die in der Diskussion keine Mühen gescheut haben, um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Schweiz zu sichern.

Atomausstieg «unrealistisch»

Das vom Parlament verabschiedete Gesetz kann jedoch nur unter dem Vorbehalt in Kraft treten, dass die beiden Atom-



Das Kernenergiegesetz passierte im Nationalrat mit 102:75 Stimmen.

initiativen der Kernenergiegegner am 18. Mai abgelehnt werden. Die wichtige Volksabstimmung, bei der über den Fortbestand oder den Ausstieg aus der Kernenergie in der Schweiz entschieden wird, gewinnt damit zusätzlich an Bedeutung. In diesem Zusammenhang können wir Bundesrat Joseph Deiss, dem Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, nur beipflichten: Er hat erklärt, dass die Initiative «MoratoriumPlus» «unrealistisch, kostspielig und widersprüchlich» sei. (...) «Das pure Gegenteil einer umsichtigen und innovativen Energiepolitik. (...) Typisch für den Fundamentalismus der Umweltschützer.»

Milch gegen Zins: Lehren aus den Bilateralen II

Das zentrale Dossier der Bilateralen II, die Zinsbesteuerung, scheint innerhalb der EU nahezu bereinigt. Für die Interessensvertretung der Schweizer Wirtschaft haben die geführten Verhandlungen zukunftsweisenden Modellcharakter.

Nach jahrelangen Verhandlungen scheinen sich die EU-Finanzminister nun auf eine einheitliche Besteuerung der Zinserträge ihrer Bürger zu einigen. Die Richtlinie soll Anfang 2005 in Kraft treten und auch für Bankkonten von EU-Bürgern in wichtigen Drittstaaten wie der Schweiz, Liechtenstein, Andorra und Monaco gelten. Die entsprechenden Verhandlungen mit der Schweiz innerhalb der Bilateralen II stellen in verschiedener Hinsicht einen zukunftsweisenden Modellfall dar. Aus den von Finanzminister Kaspar Villiger unter der Maxime «Das Bankgeheimnis ist nicht verhandelbar»

geführten Verhandlungen ist vor allem eine Lehre für künftige solche Prozesse zu ziehen.

Konsequenz hat auf EU-Parkett Erfolg

Wer – auch als Nicht-EU-Mitglied – seine vitalen Interessen auf dem EU-Parkett dezidiert und mit guten Argumenten vertritt, verschafft sich politischen Respekt und hat Erfolg. Im Verlauf des zähen bilateralen Ringens im Dreieck bestehend aus dem Schweizer Delegationsleiter Robert Waldburger, EU-Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein und dem jeweiligen EU-Vorsitzland wurde andererseits auch deutlich, wie politischer Opportunismus innerhalb der EU spielt: Luxemburg beispielsweise, das in Sachen Bankgeheimnis ähnlich gelagerte Interessen wie die Schweiz hat, duckte sich regelmässig hinter die breiten Schultern von Kaspar Villiger. Ob dies bei einer EU-Mitgliedschaft der Schweiz ebenfalls

der Fall gewesen wäre, bleibt offen. Eine weitere Lehre ist, dass ein gewisses Mass an diplomatischem Vorpurren zur erfolgreichen Verteidigung von Eigeninteressen unerlässlich ist. An den Bazar der politischen Kuhhandel auf EU-Ebene wird sich auch die Schweizer Aussendiplomatie gewöhnen müssen. Österreich beispielsweise versuchte, sich die Zustimmung zur Abschaffung des Bankgeheimnisses mit einer Verlängerung des Ökopunktesystems für ausländische Lastwagen abkaufen zu lassen.

Viele sachfremde Händel

Italien wiederum forderte für seine Zustimmung zur Zinsbesteuerung in letzter Minute einen Bussenerlass von rund 1 Mrd. Franken für die jahrelange Überschreitung der Milchkontingente seiner Bauern. Die Liste der «sachfremden Händel» liesse sich beliebig erweitern. Aus Schweizer Sicht stellen sich hier zwei Fragen:

1. Bewirkt die EU-Osterweiterung ab 2004 einen Systemwechsel bezüglich der Wahrung nationaler Interessen in Europa? Diese Frage lässt sich sicher mit Ja beantworten. Denn wie der «politische Tauschhandel» unter 25 EU-Mitgliedern funktionieren soll, weiss derzeit niemand.
2. Welche Folgen wird der Systemwechsel ab 2004 für die Interessenvertretung des Landes haben? Die Antwort bleibt derzeit noch offen. Sie hängt einerseits stark von den Ergebnissen des derzeit tagenden EU-Verfassungskonvents ab. Andererseits aber auch vom neuen politischen Gleichgewicht innerhalb der erweiterten EU, das sich erst noch einspielen muss. In welche Richtung sich die Schwerpunkte verschieben, zeigt unter anderem die diplomatische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und einigen Kandidatenländern (u.a. Polen) um den Irak-Krieg.

 bruxelles@economicsuisse.ch

Hotels senken Energieverbrauch und Kosten

49 Hotelières und Hoteliers des Berner Oberlands haben letztes Jahr die Beitrittserklärung zur «Energiespargruppe Hotelier-Verein Berner Oberland» unterzeichnet. Verantwortlich für diese Benchmark-Gruppe ist Lorenz Perincioli, Moderator bei der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW).

Über die Energiespargruppe soll das CO₂-Gesetz lokal umgesetzt werden. Von Anfang an waren dafür zwei starke Part-



Klaus Lamprian vom Hotel Krone in Thun setzt auf Wärme und Wasser sparende Duschbrausen.

ner mit im Boot: Der Präsident des Hotelier-Vereins Berner Oberland, Casi Platzer, und der Geschäftsleiter, Beat Anneler.

Die Ziele der Gruppe sind hoch gesteckt: Energie- und Betriebskosten sollen eingespart und die CO₂-Emissionen im Vergleich zum Ausgangsjahr 2000/01 um 16 Prozent gesenkt werden. Schon 20 Betriebe liessen sich dem so genannten Energie-Check unterziehen. Dabei wird jeder Betrieb von einem Energie-Ingenieur auf energetische Schwachstellen untersucht. Sofortmassnahmen können in jedem Betrieb ergriffen werden; sie reduzieren mit wenig Aufwand die Kosten. Beispiele gibt es viele: Optimierung der Heizungsregelung, der Lüftungssteuerung und der Warmwasserkirkulation; Einsatz von modernen, Wasser sparenden Duschbrausen, die vor allem Heizenergie sparen. Auch der Ersatz alter Geräte kann erstaunliche Spareffekte auslösen. Die Wärmedäm-



Energie sparen im Hotel Krone dank neuem Induktionsherd.

mung von schlecht isolierten Gebäudehüllen und neue Fenster sparen nach Aussagen der EnAW am meisten Energie und CO₂. Weitere Massnahmen sind beispielsweise die Umstellung von Heizöl auf Erdgas oder noch effektvoller auf Holz (Nahwärmeverbund).

Pilotprojekt für Hotellerie

Viele Hoteliers kämpfen momentan mit rückläufigen Übernachtungszahlen oder sogar direkt ums Überleben. Kosten sparende Energiemassnahmen sind da willkommen, um längerfris-

sig die Kosten zu senken. Da die Gruppe mit ihren Sparzielen die Akzeptanz des Bundes erlangen wollte, haben die Bundesämter für Energie und Umwelt alle Daten und Voraussetzungen, Kennwertberechnungen und Sparziele der Gruppe auf Herz und Nieren geprüft. Der entsprechende Audit vom 2. Dezember 2002 war erfolgreich.

Die Hotelleriesuisse, der Dachverband der Schweizer Hotellerie, sieht in der «Energiespargruppe Hotelier-Verein Berner Oberland» ein Projekt mit Pilotcharakter. Die EnAW will gemeinsam mit dem Dachverband der Schweizer Hotellerie im laufenden Jahr weitere Benchmark-Gruppen bilden und die Projekt-idee in der gesamten Schweiz verbreiten. Hotelleriesuisse empfiehlt allen Mitgliedern, einer Benchmark-Gruppe beizutreten, um aktiv zur Reduktion des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen beizutragen.

Neue Welthandelsrunde – Was bringt sie?

Derzeit wird im Rahmen der WTO neu verhandelt: Unter der Bezeichnung «Doha Development Agenda» sind Welthandelsverhandlungen im Gange.

Sinn und Zweck von Welthandelsverhandlungen sind nicht ohne weiteres zu beurteilen. Nicht nur bei Globalisierungsgegnern, auch bei den Unternehmen bestehen gelegentlich Zweifel über den Wert von neuen Abkommen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO).

Weltsozialprodukt würde erhöht

Die Verhandlungen in der Doha-Runde sind bei weitem noch nicht abgeschlossen. Eine ökonomische Analyse der möglichen Ergebnisse kann deshalb lediglich auf Annahmen beruhen. Um die wirtschaftlichen Vorteile weiterer Handelslibe-

ralisierungen aufzuzeigen, haben der Internationale Währungsfonds und die Weltbank berechnet, was eine Beseitigung aller Handelshemmnisse in allen Ländern bedeuten würde (eine Zielsetzung, die natürlich in absehbarer Zeit nicht erreichbar ist): Der Handel innerhalb der nördlichen Industrieländer würde sich um 30 Prozent, zwischen dem Norden und dem Süden um 40 Prozent und zwischen den Entwicklungsländern gar um 50 Prozent steigern. Das entspräche einer Erhöhung des Weltsozialprodukts um 250 Mrd. Dollar. Gleichzeitig könnte die Armut in der Welt dadurch bis ins Jahr 2015 um 13 Prozent verringert werden.

Handelserleichterungen vorrangig

Eine kürzlich publizierte niederländische Studie besagt,

dass die Wohlfahrtsgewinne aus der Doha-Runde zu je einem Drittel auf folgende Bereiche zurückzuführen seien: auf die weitere Liberalisierung im Agrarbereich, auf die angestrebten Handelserleichterungen und auf den besseren Marktzugang im Industrie- und Dienstleistungsbereich.

Geographisch betrachtet werden der asiatisch-pazifische Raum, der Mittelmeerraum, Afrika und Südamerika am meisten profitieren können. Die Länder Mittel- und Osteuropas kommen etwas unter Druck, da ihr präferenzialer Marktzutritt zum EU-Binnenmarkt an Wert verliert. Diese Studie bestätigt, was schweizerische Wirtschaftskreise schon länger vermutet haben, nämlich dass das Dossier «Trade facilitation» (Handelserleichterungen) kurz- und langfristig das

grösste Gewinnpotenzial mit sich bringen wird.

Nationale Vorteile

Die Studie befasst sich auch mit den Auswirkungen auf die niederländische Wirtschaft. Da diese ähnlich gelagert ist wie jene der Schweiz, dürften einige Erkenntnisse auch auf unser Land übertragen werden können. Das Bruttoinlandprodukt soll bei einer weitgehenden Liberalisierung des Welthandels langfristig gegen zwei Prozent zunehmen. Besonders stark werden die Nahrungsmittelindustrie, die Transportunternehmen und die Logistikanbieter von der Öffnung profitieren können, weniger dagegen der Dienstleistungssektor.

Wer sich für die Studie interessiert, kann sie per E-Mail bei economiesuisse anfordern.

 gregor.kundig@economiesuisse.ch

Vorbehalte gegenüber den Sachplänen Strasse und Schiene/öV

economiesuisse ist skeptisch gegenüber den vom Bund ausgearbeiteten Sachplänen Strasse und Schiene/öV.

Im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren hatte der Verband Gelegenheit, sich zu den Sachplänen zu äussern. Die Skepsis von economiesuisse stützt sich auf eine Umfrage bei interessierten Mitgliedern und auf Beratungen der eigenen Verkehrskommission.

economiesuisse begrüsst es, dass die Probleme, die die Planung der Verkehrsinfrastruktur in nächster Zukunft mit sich bringt, analysiert werden. Die Entwürfe der Sachpläne enthalten aber zahlreiche Ungereimtheiten und lassen politisch gefärbten Interventionismus erkennen:

■ Unklar ist z.B. die rechtliche Stellung der Sachpläne. Die diesbezüglichen Ausführungen sind widersprüchlich. Einerseits wird festgehalten, die Sachpläne würden keine neuen Kompetenzen und kein neues materielles Recht schaffen; andererseits wird festgestellt, dass sie für die Behörden aller Stufen verbindlich seien, womit sie faktisch doch Rechtskraft erlangen.

■ Widersprüchlich sind zudem die Aussagen zur Wahl der Ver-



kehrsmittel: Einerseits betonen die Sachpläne den Grundsatz der effizienten Leistungserbringung, der Förderung des Wett-

bewerbs und der Erhöhung der Eigenwirtschaftlichkeit des Verkehrs; andererseits finden sich Grundsätze zur Beeinflussung der Verkehrsmittelwahl und zur Verkehrsverlagerung auf den öffentlichen Verkehr.

■ Die Sachpläne favorisieren den öffentlichen Verkehr zulasten des Privatverkehrs; deshalb können sie nach Auffassung von economiesuisse nicht als objektiv bezeichnet werden. Auch in Zukunft wird der Privatverkehr den Hauptteil der Transportbedürfnisse sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr abzudecken haben. Er wird somit für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung des Landes von entscheidender Bedeutung bleiben.

■ Der Güterverkehr wird insgesamt stiefmütterlich behandelt, obwohl dort in den nächsten 20 Jahren die grössten Wachstumsraten zu erwarten sind. Zu wenig berücksichtigt werden auch die Bedürfnisse des Tourismus, dieses wichtigen Zweigs der Schweizer Volkswirtschaft, der für die Bergregionen von besonderer Bedeutung ist.

economiesuisse beantragte aus obigen Gründen, dass die Sachpläne grundlegend korrigiert werden, damit keine unrealistische Infrastrukturpolitik präjudiziert wird.

economiesuisse begrüsst Ablehnung des Staatsvertrags

economiesuisse begrüsst die Ablehnung des Staatsvertrags mit Deutschland über die Benützung des süddeutschen Luftraums. Der Vertrag war einseitig auf die Interessen Deutschlands ausgerichtet und hätte die Möglichkeiten des Flughafens Kloten, der einen wichtigen Standortfaktor für die ganze Schweiz darstellt, stark beschnitten. Keinem deutschen Flughafen werden auch nur annähernd gleiche Beschränkungen auferlegt. Auch unter dem Gesichtspunkt, dass die von Deutschland bereits erlassene Verord-

nung in Kraft bleibt und allenfalls einseitig noch verschärft wird, stellt die Ablehnung das kleinere Übel dar. Denn nun wird das Gespräch mit Deutschland weitergeführt werden müs-

sen, damit eine für beide Seiten tragbare Lösung resultiert. Mit der Ratifizierung des Vertrags wäre das Thema aber für Jahre vom Tisch gewesen – mit allen Nachteilen für die Schweiz.



Neue Regeln zur Beilegung von Wirtschaftsstreitigkeiten

Die Internationale Handelskammer hat letztes Jahr so genannte ADR-Richtlinien (Alternative Dispute Resolution) entwickelt. Diese Richtlinien sollen es bei Handelsstreitigkeiten ermöglichen, sich mittels Methoden zu einigen, die auf die eigenen Bedürfnisse abgestimmt sind: Das flexible Verfahren überlässt es den beteiligten Parteien, die Verfahrensform zu wählen, die ihnen am besten geeignet scheint. Die neuen Richtlinien traten am



1. Juli 2002 in Kraft. Sie ersetzen das «Fakultative Vermittlungsverfahren» aus dem Jahr 1998 und ergänzen das bestehende Dienstleistungsangebot (Internationaler Schiedsgerichtshof und International Center for Expertise) der ICC zur Beilegung von Konflikten.

ADR-Verfahren kann variiert werden

Das ADR-Verfahren ist flexibel, informell und beruht auf Freiwilligkeit. Es versucht, eine gravierende Verschlechterung von Geschäftsbeziehungen oder gar Gerichtsverfahren (beispielsweise vor einem Schieds- oder Handelsgericht) zu vermeiden.

ADR ist bei wirtschaftlichen Streitigkeiten oder Differenzen jeder Art auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene anwendbar. Das Verfahren kann von den Parteien in gegenseitiger Absprache abgeändert oder variiert werden und eignet sich für die unterschiedlichsten Methoden zur Beilegung von Konflikten (Mediation, Beizug einer neutralen Drittperson, Mini-Trial oder andere von den Parteien gewählte Verfahrensformen oder Kombinationen derselben).

ICC Schweiz wird in Kürze ein Seminar zu diesem Thema organisieren.

 info@icc-switzerland.ch

Entwicklungsorganisation Swisscontact unterstützt Ausbildung

Gute Ausbildungsmöglichkeiten sind für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eines Landes zentral.

Swisscontact engagiert sich deshalb seit über 40 Jahren in Entwicklungsländern und in Osteuropa in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Die Unterstützung nach dem Prinzip «Hilfe zur Selbsthilfe» wird von der Schweizer Wirtschaft mitfinanziert.

Swisscontact, die Entwicklungsorganisation der Schweizer Privatwirtschaft, wurde 1959 von Persönlichkeiten der Schweizer Wirtschaft und der Hochschulen als eine politisch und konfessionell neutrale Stiftung gegründet. Seither hat Swisscontact über eine Million Personen aus- und weitergebildet. Die Organisation unterstützt dabei die Ausbildung von Lehrlingen und Lehrmeistern, die Aus- und Weiterbildung von Berufsschullehrern, modulare Kurz- und Kurse in angewandter Ökologie. Die Programme von Swisscontact werden in der Regel in Zusammenarbeit mit lokalen privaten und staatlichen Organisationen entwickelt und umgesetzt.

Die Ausbildungen bieten Frauen und Männern die gleichen Chancen – 30 Prozent der Teilnehmenden sind Frauen.

Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Ein Projekt von Swisscontact gegen die Arbeitslosigkeit in Burkina Faso illustriert die Tätigkeit der Organisation. Burkina Faso liegt in Westafrika am Südrand der Sahara und gehört zu den ärmsten Ländern des Kontinents. Die Zukunftsperspektiven sind insbesondere für Jugendliche düster. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Anzahl Analphabeten erschreckend.

Staat soll Ausbildung unterstützen und mitfinanzieren

Mit den Kenntnissen, die sich Lehrlinge und Lehrmeister in Ausbildungsprogrammen von

Swisscontact in Burkina Faso erwerben, können die Teilnehmenden ihre Arbeitsqualität verbessern, den Absatz ihrer Produkte steigern und so ihr bescheidenes Einkommen erhöhen. Dabei bestimmen die Teilnehmenden den Inhalt der Kurse. Das langfristige Ziel des Projekts ist die Anerkennung und Mitfinanzierung der Lehrlingsausbildung durch den Staat.

Bis im Jahre 2004 möchte Swisscontact insgesamt 650 Lehrlinge sowie etwa 360 Lehrmeister aus- und weiterbilden. Parallel dazu sollen 60 Fachpersonen – wovon 20 Prozent Frauen – befähigt werden, Instruktoren zu schulen und Kurse zu entwickeln.

100 Mechaniker ausgebildet

Im Swisscontact-Regionalbüro in Ouagadougou, das 1999 eröffnet wurde, arbeitet heute ein Team aus neun lokalen Mitarbeiter/innen und zwei internationalen Berufsbildungsexperten. In Bobo Dioulasso, der zweitgrössten Stadt des Landes, werden in zwei Lehrgängen gegen 100 Motorradmechaniker ausgebildet. Weitere Berufszweige sind Radio- und Fernsehmechaniker, Coiffeure/Coiffeusen sowie Schneider/innen.



In Burkina Faso bildet Swisscontact 650 Lehrlinge aus.

Agenda

Jahrespressekonferenz

Am Dienstag, 29. April, findet im «Haus der Wirtschaft» in Zürich die Jahrespressekonferenz von *economiesuisse* statt. Referieren werden der Präsident von *economiesuisse*, Ueli Forster, der Vizepräsident, Charles Pictet, und der Direktor von *economiesuisse*, Rudolf Ramsauer.

Tagung zum «Ausgabenkonzept»

Vor Jahresfrist hat *economiesuisse* das «Ausgabenkonzept» der Öffentlichkeit präsentiert. Es hat eine breite Diskussion ausgelöst und Aktivitäten auf allen Ebenen bewirkt. Im Rahmen einer öffentlichen Tagung soll die

Thematik mit den interessierten Kreisen vertieft werden.

«Ist die Ausgabenspirale noch zu stoppen?» heisst der Titel der Veranstaltung, die am Freitag, 16. Mai 2003, im Hotel Bellevue in Bern stattfinden wird. Ausgewiesene Finanzexperten des Bundes, der Kantone und der Wissenschaft diskutieren mit renommierten Finanzpolitikern und -politikerinnen der Regierungsparteien aus der ganzen Schweiz. Angesichts der jüngsten Entwicklungen der öffentlichen Finanzen ist das Thema von besonderer Brisanz. Einladungen an die interessierten Kreise wurden bereits versandt.

@ fredy.mueller@economiesuisse.ch

Mobilität und Verkehr

Am 21. Mai 2003 findet im neuen Dock E (Midfield) auf dem Flughafen Zürich die erste Konferenz zum Thema Mobilität und Verkehr in der Schweiz statt. Die Konferenz möchte den Dialog «zur Gestaltung einer zukunftsorientierten, erfolgreichen Mobilitäts- und Gesamtverkehrspolitik» eröffnen. Referenten aus dem In- und Ausland werden zu folgenden Themen sprechen: **1.** Unbegrenzte Nachfrage, begrenztes Angebot? **2.** Nachhaltige Mobilität **3.** Vernetzung.

Anmeldeschluss ist der 30. April 2003, die Teilnahmegebühr beträgt 350 Franken.

www.mobilitaetschweiz.ch

Wirtschaftsmission nach Peru und Bolivien vom 8. bis 14. Juni 2003

Staatssekretär David Syz wird im Juni nach Peru und Bolivien reisen. Die Wirtschaftsmission verfolgt hauptsächlich zwei Ziele: 1. Bilaterale Gespräche mit einer Wirtschaftsdelegation, 2. Besuch von Projekten zur wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit. Peru und Bolivien gehören zur Andengemeinschaft, deren Handelsvolumen mit der Schweiz jährlich etwa 600 Mio. Franken beträgt. Die Schweiz hat in der Region bisher 2,5 Mrd. Franken investiert. Der Handel mit Peru und Bolivien ist zurzeit noch bescheiden, die Schweiz unterhält aber mit beiden Ländern langjährige Beziehungen, insbesondere im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Neben anderen Ländern des lateinamerikanischen Subkontinents sind auch diese Länder mit ernstlichen Herausforderungen konfrontiert, bieten aber ein interessantes Potenzial für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Sowohl in Peru als auch in Bolivien sind während der Mission Kontakte mit Mitgliedern der Regierung und der Verwaltung vorgesehen, die mit wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Angelegenheiten betraut sind. In beiden Ländern wird ein Business Forum organisiert, bei dem Vertreter des Privatsektors Geschäftsbeziehungen knüpfen können. Neben Kontakten und der Behandlung von spezifischen Fragen wird der Besuch den Teilnehmern eine Innensicht auf die derzeitige Situation dieser Länder, auf die Aktivitäten des *sec* und die bilateralen Beziehungen ermöglichen.

Staatssekretär David Syz wird auf seiner Mission (vom 8. bis 11. Juni bereist er Peru und vom 11. bis 14. Juni 2003 Bolivien) von einer Wirtschaftsdelegation begleitet. Zu dieser Delegation sollen Exporteure und potenzielle Investoren (Unternehmen oder Institutionen) gehören, aber auch Schweizer Wirtschaftspartner, die bereits auf den betreffenden Märkten aktiv sind. Anmeldeschluss: 30. April 2003

@ pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

Dienstleister für die Pharmabranche

Jeder Tag im Entwicklungsprozess eines Medikaments kostet eine Million Dollar. Die Biomit AG hilft Pharmafirmen, diesen Prozess zu beschleunigen. «Dadurch können die Firmen enorm viel Geld sparen», sagt Derek Brandt, Geschäftsleiter des Dienstleistungsunternehmens im Pharmabereich.

Derek Brandt hat die Firma Biomit zusammen mit Etienne Bernath und Urs Gasser im September 2000 in Basel gegründet. Der operative Start folgte dann im März 2001. Im gleichen Jahr wurden die Biomit-Gründer von einer renommierten Jury aus Persönlichkeiten der Wirtschaft, der Fachhochschule beider Basel und der Universität Basel zu den «Neuunternehmern des Monats» gekürt. Heute ergänzt Rolf Dobmeier als Technischer Direktor das erfolgreiche Trio.

Klinische Studien: schnell und seriös

Biomit bietet die Planung, Durchführung und Auswertung klinischer Studien von Medikamenten an. Klinische Studien, in denen die neu entwickelten Heilmittel an Menschen getestet werden, sind die letzte Hürde, die ein Arzneimittel nehmen muss, bevor es von den Behörden zugelassen wird.

Forschung, Entwicklung und Markteinführung eines neuen Medikaments kosten ein Pharmaunternehmen bis zu einer Mil-



Neben dem Firmensitz in Basel hat Biomit Niederlassungen in Frankreich, Deutschland und Ungarn.



Derek Brandt,
Chief Executive
Officer



Etienne A. Bernath,
Chief Finance
Officer



Rolf Dobmeier,
Chief Technology
Officer

liarde Franken. Deshalb muss die Phase der klinischen Studie schnell gehen. Gleichzeitig aber müssten die Studien auch äusserst seriös durchgeführt werden, erklärt Derek Brandt: «Denn hier geht es um Menschen». Die «hellen Köpfe» von Biomit haben nun ein digitales System entwickelt, das den Prozess der Auswertung deutlich verkürzt, ohne dass die Qualität der Auswertung darunter leidet.

Digitale Methode statt Papierberge

Früher mussten die von Hand notierten Ergebnisse einer klinischen Studie in zwei verschiede-

ne Datenbanken eingegeben werden, so schrieb es die Gesundheitsbehörde vor. Beim Vergleich der Datenbanken konnten dann Fehler aufgespürt werden, die sich beim Abschreiben der Resultate eingeschlichen hatten. Ein aufwändiges System. «Da sammelte sich ein riesiger Papierberg an», erinnert sich der Statistiker Brandt zurück. Mit den gesammelten Daten habe man rund 100 Bundesordner füllen können. Dank der neuen digitalen Methode von Biomit können die Pharmakonzerne die Dauer einer klinischen Studie um bis zu 25 Prozent verkürzen. Das spart Kosten von bis zu 150 Mio. Dollar.

Wirkung früh sichtbar

Das Biomit-System funktioniert so: Der verantwortliche Arzt gibt die gesammelten Daten direkt in einen Computer ein und schickt diese verschlüsselt übers Internet auf den Server der Firma Biomit. Sobald die Resultate auf dem Server sind, hat auch der Auftraggeber der Studie Zugriff auf die Ergebnisse und kann mit ihnen weiter arbeiten. Das gibt ihm die Möglichkeit, bereits zu einem frühen Zeitpunkt der Testphase zu überprüfen, ob das Me-

dikament bei den Patienten die gewünschte Wirkung erzielt. Ist dies nicht der Fall, kann er sofort Massnahmen ergreifen.

Daten werden verschlüsselt

Das digitale Auswertungssystem von Biomit funktioniert ähnlich wie E-Banking. Und wie auch beim E-Banking sind die wertvollen Daten mehrfach geschützt. Bereits der Arzt in der Klinik anonymisiert die Daten der Patientinnen und Patienten, danach werden sie zusätzlich verschlüsselt. Drei so genannte Firewalls – elektronische Schutzschilder – schützen den Biomit-Server vor Hackerangriffen und Virenattacken. «Und wir haben noch ein paar weitere Schutzmassnahmen getroffen», erklärt Derek Brandt. Das System sei sehr sicher, davon ist der Geschäftsleiter überzeugt. Biomit ist eine Erfolgsgeschichte: Heute zählt die Firma 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und hat bereits Tochterunternehmen in Frankreich und Deutschland gegründet. Vor kurzem haben sich die Basler auch in den osteuropäischen Raum gewagt: Das Büro in Budapest ist im März 2003 eröffnet worden.

Die zwei wirtschaftspolitischen Wünsche von Derek Brandt

Unterstützung durch den Staat

Der Staat sollte jedes Jahr 100 Mio. Franken als Venture Capital für Jungunternehmen zur Verfügung stellen. Bei einem maximalen Betrag von 250 000 Franken pro Unternehmen könnten somit ungefähr 400 Firmen pro Jahr in ihrer Startphase finanziell unterstützt werden.

Support für Tochterfirmen

Es sollte ein besserer Support (Tipps und Rechtssupport) existieren, wenn Firmen Niederlassungen im Ausland aufbauen wollen.



economiesuisse-Vorstand besichtigt Dock E



Ende März hielt der Vorstand von economiesuisse seine Sitzung im Konferenzzentrum des Flughafens Zürich ab. Danach besichtigten die Vorstandsmitglieder den Neubau des Dock E (Midfield) und die neuen Abfertigungshallen. Josef Felder, CEO der Unique Flughafen Zürich AG, orientierte über die aktuelle Situation des Flughafens Zürich, der den wichtigsten internationalen Verkehrsknotenpunkt der Schweiz darstellt. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass 55 Prozent der Passagiere, die im Flughafen Zürich-Kloten abfliegen oder dort ankommen, aus dem Ausland stammen. Von den 34 000 im Flughafen beschäftigten Personen wohnen 77 Prozent im Kanton Zürich.

Das beeindruckend moderne Dock E wird ab September 2003 genutzt werden. Den Betrieb des Terminal A stellt die Unique Flughafen Zürich AG auf diesen Zeitpunkt hin aus Kostengründen ein.



Impressum

Herausgeber: economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen; **Verantwortliche Redaktion:** Regina Hunziker-Blum; **Adresse:** Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich; **Telefon** 01 421 35 35, **Telefax** 01 421 34 34; **E-Mail:** regina.hunziker@economiesuisse.ch;

Web: www.economiesuisse.ch; **Adressänderungen:** marianne.baer@economiesuisse.ch; **Erscheinungsweise:** monatlich; **Gestaltung:** Layout88 GmbH, 8008 Zürich; **Druck:** Druckerei Kocherhans AG, 8008 Zürich

Dokumentation

- **«Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus»**
 - Facts der Wirtschaft
 - Newsletter
 - Argumentarium
 - www.60-40.ch
- **«Behinderten-Initiative»**
 - Argumentarium und Flyer
 - www.behinderten-initiative.ch
- **«ausgabenkonzept»**

Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.- + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- **«Facts der Wirtschaft»**

Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader, Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit. Abonnement, 4-5-mal jährlich. Gratis.
- **«Gesundheits-Initiative»**
 - Argumentarium
 - Folienset (elektronisch)
 - www.gesundheitssteuer-nein.ch
- **Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»**

Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Fr. 40.- + MwSt./Porto.
- **«Newsletter»**

Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement. Gratis.
- **Wirtschaftspolitische Foliensets**
 - 20 Folien allgemeine Wirtschaftspolitik (Fr. 20.-),
 - 11 Folien Sozialpolitik (Fr. 15.-),
 - + Porto oder gratis Download.
- **«Steuerkonzept»**

Vorschläge der Wirtschaft zur
- Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.-.
- **«Swiss Code of Best Practice»**

Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.
- **Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**

Perspektiven bis 2007. Gratis.
- **Portrait economiesuisse**

Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbands. Gratis.
- **«E-Mail-Service»**

Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- **«Dossier Politik, Pressedienst»**

Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.

Vernehmlassungen

25. April 2003

Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister
Vernehmlassungsverfahren
Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

10. Mai 2003

Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda
Vernehmlassungsverfahren
Kontakt: peter.hutzli@economiesuisse.ch

31. Mai 2003

Bundesgesetz über die Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen
Vernehmlassungsverfahren
Kontakt: pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

<input type="checkbox"/> Bestellung	<input type="checkbox"/> Adressänderung	Firma _____
Name _____	Strasse _____	
Vorname _____	PLZ/Ort _____	
Funktion _____	E-Mail _____	



Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse anfordern.